

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Fürstenforderungen bleiben gesperret.

Niederlage der Reichsregierung im Reichstagsausschuß. — Linke und Zentrum für Verlängerung des Sperrgesetzes.

Der Rechtsblock hat heute im Rechtsausschuß des Reichstags eine schwere Niederlage erlitten. Entgegen den Forderungen und Warnungen der Länderregierungen bestand der Reichsjustizminister Hergt auf dem Wunsche, das Sperrgesetz über die Fürstenabfindung nicht zu erneuern. Er wollte im Vertrauen auf Erklärungen der Fürsten das Gesetz, das Prozesse zwischen den Fürsten und den Landesregierungen ausschließt, mit dem morgigen Tage ablaufen lassen.

Im Gegensatz zu dieser Haltung des Reichskabinetts nahm heute der Rechtsausschuß des Reichstags mit 15 zu 11 Stimmen den Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten an, wonach das Fürstensperrgesetz um 6 Monate verlängert wird. Das Ergebnis kam dadurch zustande, daß das Zentrum für den Antrag stimmte. Die Vertreter der Wirtschaftspartei waren nicht anwesend, hätten aber die Abstimmung nicht beeinflussen können.

Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen die Rechtsregierung aus dieser Entscheidung des Reichstagsausschusses bis zur Plenar Sitzung des Parlaments ziehen wird, das sich morgen ebenfalls mit dem Sperrgesetz befassen wird.

Die Verhandlungen im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Fürstensperrgesetz, das von unserer Fraktion und den Demokraten eingebracht ist und zum Ziel hat, auf weitere sechs Monate zu verhüten, daß Fürsten oder Standesherrn die beteiligten Länder verklagen können. Genosse Dr. Rosenfeld begründete diesen Antrag, indem er darauf hinwies, daß sich die Hoffnungen derjenigen nicht erfüllt haben, die geglaubt haben, daß die ehemaligen Fürsten sich bereit finden würden, mit den beteiligten Ländern einen annehmbaren Vergleich zu schließen. Wir sind Sozialdemokraten und haben von den Fürsten gewiß nicht Selbstlosigkeit erwartet. Aber

etwas weniger Habgier hätte man doch erhoffen dürfen.

Die Reichsregierung, die ihre Vermittlung angeboten hat, scheint keinen großen Erfolg gehabt zu haben. Freilich hat leider auch der Reichstag versagt, indem er die Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Überweisung des Rechts an die Länder, sich mit den Fürsten auseinanderzusetzen, nicht erledigt hat. Die Situation ist also noch genau so, wie vor sechs Monaten, und deshalb muß das Sperrgesetz aufrechterhalten werden. Das Interesse der beteiligten Länder verlangt dringend Schutz vor den übermäßigen Fürstenansprüchen; insbesondere für meinen Wahlkreis Thüringen wäre die Richtverlängerung des Sperrgesetzes geradezu katastrophal, da die thüringischen Fürsten nicht weniger als 25 Prozesse gegen ihr eigenes früheres Land angestrengt haben. Charakteristisch für diese Fürsten sei, daß der englische Prinz, dem schon im Jahre 1925 durch Reichsgerichtsurteil auch der Schmolzener Forst zugesprochen worden sei, bis heute für diesen großen Wald nicht einen einzigen Pfennig Steuern bezahlt habe. In Thüringen sind Landtag und Rechtsregierung einig in dem Verlangen nach Verlängerung des Sperrgesetzes. Auch Mecklenburg, Oldenburg, Hessen werden das gleiche Verlangen haben. Außerdem ist notwendig, die Länder auch vor den Ansprüchen der Standesherrn zu schützen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert zum Schutz des deutschen Volkes die Verlängerung der Sperrgesetze.

Abg. v. Richthofen (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Genossen Rosenfeld an und weist darauf hin, daß das Interesse aller beteiligten Länder die Verlängerung des Sperrgesetzes fordere. Er wüßte ein solches Gesetz gewiß nicht. Wenn aber kein anderer Weg zum Ziel führt, müsse man vorläufig das Sperrgesetz verlängern, besonders da alle beteiligten Landesregierungen dies fordern. Das Ansehen der deutschen Republik und der einzelnen Länder verlangt die Verlängerung des Sperrgesetzes.

Die Regierung verbeugt sich vor den Fürsten.

Staatssekretär Zweigert erklärt namens der Reichsregierung, daß diese sich im Laufe der letzten Monate sehr intensiv bemüht habe, zwischen Fürsten und Ländern zu vermitteln. Es sei auch bereits zu Verhandlungen und Vergleichsangeboten gewisser Fürstenfamilien gekommen. Den Fürstenfamilien sei es mit den Vergleichsverhandlungen ernst. Sie haben jetzt sämtlich, soweit sie noch beteiligt sind, der Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, die Wirkung des Sperrgesetzes noch bis zum 1. Dezember 1927 gegen sich gelten zu lassen, vorausgesetzt allerdings, daß das Sperrgesetz durch den Reichstag nicht nochmals verlängert werde. Der Herzog von Sachsen-Gotha hat nur den Vorbehalt gemacht, Hypotheken auf thüringische Besitzungen wegen der thüringischen Steuern aufnehmen zu dürfen. Angesichts dieser Erklärungen der beteiligten Fürsten sei die Verlängerung durch Sperrgesetz nicht notwendig. Durch Annahme der Erklärungen der Fürsten wäre derselbe Zustand herbeigeführt, wie durch Verlängerung des Sperrgesetzes. Die Länder brauchen nur die

Offerte der Fürsten anzunehmen. Die Verlängerung des Sperrgesetzes wäre unbefriedigend und unnötig und würde die Verhandlungen nicht fördern, sondern nur gefährden.

Die Freistaaten wollen das Sperrgesetz.

Minister Münker erklärt für die thüringische Regierung, daß diese sich den Ausführungen des Abg. Rosenfeld über die Verhältnisse in Thüringen nur anschließen könne. Uebereinstimmend fordern Landtag und Landesregierung die Verlängerung des Sperrgesetzes. Dasselbe erklärte auch Dr. Tischbein für Mecklenburg ab. Für Preußen erklärte Ministerialrat Meyer, daß Preußen an dem Sperrgesetz, soweit es die Fürsten betreffe, nach Abschluß des Hohenzollern-Vergleichs kein Interesse mehr habe. Dagegen wüßte auch die preussische Regierung wegen der Standesherrn die Verlängerung des Gesetzes, da diese nicht weniger als jährlich zwei Millionen von Preußen forderten und darüber hinaus noch Erschöpfungsprämien zu befürchten seien.

Der Vertreter Hessens sprach sich für eine Verlängerung der Sperrgesetze aus, die bei weitem den Vorzug verdienen vor einer vertragsmäßigen Bindung der Fürsten. Die hessische Regierung würde am liebsten sehen, wenn das Sperrgesetz nicht nur um sechs Monate, sondern um ein Jahr verlängert werde.

Reichsjustizminister Hergt:

Die Erklärungen der Länder seien keine Ueberraschung, da die Landesregierungen im Streit mit den Fürsten Partei seien. Jedes Sperrgesetz sei ein Eingriff in die Rechtsordnung, und gerade die Linke sollte Wert darauf legen, daß solche Eingriffe unterblieben. Das Angebot der Fürsten sei eine seltsame Erklärung, mit der man sich begnügen solle. Durch diese dankenswerte Bereitwilligkeit der Fürsten wäre die Sache am besten geregelt. In der Frage der Standesherrn handelt es sich um jahrzehnte- und jahrhundertelang bestehende Rechte, über die am besten durch ein Schiedsgericht entschieden werden würde. Für eine Verlängerung des Sperrgesetzes könne sich die Reichsregierung nicht erklären, und einem Schiedsgericht könne man ja durch Reichsgesetz besondere Richtlinien für die Entscheidung an die Hand geben.

Ministerialrat Meyer erklärte für die preussische Regierung, die Beurteilung des Vorschlags, die Gerichte über die Ansprüche der Standesherrn durch Schiedsgerichte entscheiden zu lassen, hänge ganz von dem Inhalt der Richtlinien ab, die zu beschließen wären. Die preussische Regierung werde sich jedenfalls bemühen, einen den Interessen Preußens gerechtwerdenden Vorschlag zu machen. — Abg. Barth (Dnat.) lehnt entschieden jede Verlängerung des Sperrgesetzes ab.

Das Zentrum für das Sperrgesetz.

Abg. Schulte (Z.) bedauert die scharfe Stellungnahme des Reichsjustizministers und deutschnationalen Redners gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes. Die privaten Offerten der Fürsten seien kein geeigneter Ersatz für das Sperrgesetz. Seine Freunde würden deshalb für die Verlängerung des Sperrgesetzes stimmen.

Ministerialdirektor Meyer wendet sich namens der preussischen Regierung gegen den Vorwurf der Unterlassung von Vergleichsverhandlungen, indem er darauf hinweist, daß die preussische Regierung habe warten müssen, ob nicht eine reichsgesetzliche Regelung zustande komme.

Genosse Rosenfeld wendet sich ganz entschieden gegen den Vorschlag, das Sperrgesetz durch eine Offerte der Fürsten überflüssig zu machen.

Ein solches Anfinnen sei dem Reichstages unwürdig.

Er werde nicht Verhandlungen führen über etwas, das durch Gesetz zu regeln, er das Recht habe. Das würde daraus hervorgehen, daß der Reichstag von Fürsteneinbarungen geradezu abhängig sei. Das dürfe dem Reichstag nicht zugemutet werden. Besonders dann nicht, wenn die Fürstenoftern unter der Bedingung gemacht werden, daß der Reichstag auf sein Gesetzgebungsrecht verzichtete. Dadurch würde der Reichstag unter einen Zwang gestellt, der entschieden abzulehnen sei. Es sei auch noch fraglich, ob solche vertraglichen Abmachungen überhaupt gültig seien. Ferner würden die Offerten doch höchstens die beteiligten Fürsten binden, aber nicht die Standesherrn, für die solche Erklärungen gar nicht abgegeben worden sind. Der Reichstag muß das deutsche Volk schützen vor der Habgier der Fürsten und das kann nur dadurch geschehen, daß er einfach das Sperrgesetz verlängert.

Genosse Landsberg: In seiner Bezeichnung der Landesregierungen als Partei habe Minister Hergt vielleicht eine Art Selbstbekenntnis seiner Regierungsgrundsätze gegeben. Wenn Herr Barth der preussischen Regierung vorgeworfen habe, daß sie eine Regelung der Ansprüche der Standesherrn hinausgeschoben habe, um der Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen, so habe er übersehen, daß auch seine Freunde im Reich, das Zentrum, in der preussischen Regierung säßen. Die Gründe für seine Auffassung anzugeben, habe Herr Barth unterlassen. Eigentlich könne er doch nur Vermutungen haben. Damit zu operieren, sei aber nicht angebracht, denn Vermutungen seien bekanntlich die Samenfrüchte der Verleumdung. An langen Debatten hätte die sozialdemokratische Fraktion im Rechtsausschuß kein Interesse. Wenn im Plenum die Ansprüche der Standesherrn aufgezählt werden, der Juden zoll, die Abfindung für den Verzicht auf eine unheilvolle Souveränität, und wenn dann festgestellt wird, daß der Ausschuß die Durchführung dieser Ansprüche vor Gericht habe ermöglichen helfen, dann würde die Sozialdemokratie keinen Schaden davon haben. Wenn das Gesetz ein Eingriff in die Rechtspflege sei, dann haben die thüringischen Deutschnationalen diesen Eingriff auch begangen, die die Verlängerung des Gesetzes forderten. In Wirklichkeit wolle das Gesetz nur verhindern, daß völlig unhaltbare Ansprüche auch weiterhin von den Gerichten als rechtsbefähigt anerkannt werden könnten.

Abg. Bunderlich (D. Bp.) und Abg. Lohmann (Dnat.) sprechen sich gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes aus, ebenso der Volksparteierte Eminge, während der Kommunist Hälßen den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag unterstützt. Dieser wird, wie eingangs berichtet, gegen die Rechtsparteien angenommen.

Frankreichs Heeresreform.

Widerstand der Sozialisten. — Einjährige Dienstzeit nur unter Vorbehalt.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer leitete die Beratung über das Cadres-Gesetz fort. Es kommt zu lebhaften Erörterungen bei dem Artikel des Gesetzes, der von den unerlässlichen Vorbedingungen spricht, die erfüllt werden müssen, bevor die einjährige Dienstzeit eingeführt werden könne. Eine dieser Bedingungen ist die Einstellung von 106 000 Berufssoldaten. Die Sozialisten geben von dem Gedanken aus, daß die vorgeschlagene Rautschukbestimmung die Zusage der einjährigen Dienstzeit hinfällig mache. Die Vertreter der mittleren und rechtsstehenden Parteien dagegen fordern eine schärfere Fassung, damit die Erfüllung der als unerlässlich angesehenen Bedingungen gesichert werde. Die Kammer verwies den in Frage kommenden Artikel sofort an den Heeresausschuß zur nochmaligen Beratung zurück. Die Sitzung wurde eine Stunde unterbrochen. Der Ausschuß nahm die beantragte Verschärfung der Voraussetzungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit mit 19 gegen 9 Stimmen an. Alle Anträge der Sozialisten und Radikalen, die auf eine Streichung des Artikels abzielten oder auf eine bessere Garantie für die Einführung der einjährigen Dienstzeit, wurden abgelehnt. Renaudel hatte seinen Antrag auf Streichung des Artikels aufrecht erhalten; da die Garantie in dem Ausführungsgesetz doch noch näher festgelegt werden müsse. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Renaudel mit 314 gegen 235 Stimmen abgelehnt wurde. Renaudel stellte alsdann einen neuen Antrag,

gegenüber dem die Regierung nochmals die Vertrauensfrage stellte. Dieser Antrag wird gleichfalls, mit 317 gegen 234 Stimmen, abgelehnt. Hieraus wurde der Antrag der Rechtsparteien mit Zustimmung der Regierung angenommen. Vor der Abstimmung über das gesamte Gesetz gibt namens der Sozialisten Renaudel eine scharfe Erklärung ab. Sie besagt: Angesichts des Umstandes, daß den Wünschen seiner Partei nach unzweifelhafter Sicherung der einjährigen Dienstzeit nicht stattgegeben wurde und die Gefahr bestehe, daß das Volk nicht das erhalte, was es wüßte, nämlich die baldige Herabsetzung der Dienstzeit, sehe sich die sozialistische Partei veranlaßt, das ganze Gesetz abzulehnen. Hierauf stellte nach Rückweisung der Ausführungen Renaudels Kriegsminister Poincaré namens der Regierung die Vertrauensfrage. Das Gesetz in seiner Gesamtheit wurde darauf mit 379 gegen 145 Stimmen angenommen.

Byrd zum Ozeanflug gestartet.

New York, 29. Juni. (U.) Byrd ist, seinem Plane entsprechend, heute vormittag zu seinem Ozeanflug nach Europa gestartet. Da günstige Wetterberichte vorlagen, entschloß sich Byrd am frühen Morgen, heute vormittag zwischen 10 und 11 Uhr mittel-europäischer Zeit zu seinem Ozeanflug nach Europa zu starten.

Das knallende Eisen.

Krankheitserscheinungen in der Rechtspresse.

Der Mord von Arensdorf gibt einem Teil der Rechtspresse Gelegenheit, nach Ausreden zu suchen. Der Hugenberg-Tag hat entdeckt, daß solche faschistischen Lieberfälle auf Republikaner nur möglich sind, weil in Preußen ein Sozialdemokrat Polizeiminister ist!

Hugenberg trifft sich wie so oft auch hier wieder mit den Kommunisten auf einem Wege. Die „Rote Fahne“ wird nicht müde, zu versichern, daß die Verantwortung für das Blutopfer von Arensdorf allein die Sozialdemokratie trage. Denn wenn die Sozialdemokraten mit den Rot-Front-Brüdern gemeinsame Sache machten, so wäre das Reichsbanner überflüssig und es könnten auch keine Reichsbannerkameraden mehr erschossen werden. Im übrigen aber sind Braun und Grzesinski Sozialdemokraten, folglich sind sie an allem Uebel schuld, das sich in den letzten zehn Jahren ereignet hat und in den nächsten fünf Jahren sich noch ereignen wird.

Die Berichterstattung des Kommunistenblattes ist, einschließlich des Bilderdienstes, von unglaublicher Verlogenheit. Wir stellen das wieder einmal fest, ohne uns weiter mit dem Blatt zu beschäftigen.

Das knallende Eisen hat aber auch sonst Unheil angerichtet. Diesmal nicht die Jagdflute von Arensdorf, sondern der Revolver von Steglitz, der zwei junge Leute tötete. Diese Tragödie gibt einem Berliner Blatt Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Zwei Elternpaare stehen wieder einmal vor den furchtbaren Folgen der Verwelschung und Zerschlagung, die nun jahrelang, seit wir uns der Erregungsdurst der Herren Emil Barth, Scheidemann und Genossen erfreuen, durch die Großstädte und mächtig auch in die Kleinstädte und auf das Land schleichen.

Diese Schamlosigkeit, die die Mordtat eines geschlechtlich anormal veranlagten Schülers in Verbindung zu bringen magt mit dem Namen Scheidemann und der Revolution, steht in der „Täglichen Rundschau“, dem Blatte, das immer noch zu erheblichem Prozentsatz im Eigentum des Herrn Stresemann steht, dessen Herausgeber und Chefredakteur der frühere volksparteiliche Abgeordnete Heinrich Rippler ist. Will die Volkspartei, die sich mit Recht über deutschnationale Angriffe auf ihren Führer beschwert, die Verantwortung für die Sudelei übernehmen?

Koalitionsgenossen unter sich.

Volkspartei und Deutschnationale.

Die maßlos heftigen Angriffe mehrerer deutschnationaler Blätter und Politiker gegen Stresemann bilden nimmehr schon seit Wochen den ständigen Diskussionsstoff der offiziellen Korrespondenz der Deutschen Volkspartei. Die Erwiderung, die die deutschnationale Pressestelle gestern verbreitet hat und die bei uns zum Abdruck gelangte, hat begreiflicherweise nicht den vollen Beifall der Volkspartei. Diese bezeichnet die Erklärung ihrer Koalitionsgenossen als einen reichlich naiven Versuch, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Denn die Deutschnationalen hätten den Streit angefangen.

Wenn es aber wahr ist, daß deutschnationale Parteinstanzen und Parteigänger, deren parteiamtlicher Charakter außer Zweifel steht, ohne Rücksicht auf die Parteileitung ihre eigenen Wege gehen, derart, daß die deutschnationale Parteileitung nur erklären kann, solchen Ausschreitungen offizieller Parteigänger maßlos gegenüberstehen, dann wirkt dies ein sehr bedenkliches Licht auf die Zustände innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei.

Wie aber steht es mit dem „Täglichen Dienst für deutsche Zeitungen“, der doch die Rolle der maßgeblichen parteiamtlichen Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei

übernommen hat und auch von der Partei finanziell unterstützt wird? Hat die Parteileitung auch auf ihn keinen Einfluß? Wie steht es ferner mit den Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, um die Herren Professor Spahn und Hugenberg? Die Öffentlichkeit nimmt mit Recht an, daß die politische Tendenz der Hugenbergblätter von ihm selbst bestimmt wird.

Das sind berechtigte Fragen. Auf ihre Beantwortung wird die Volkspartei freilich lange warten dürfen.

Das „Brüner Montagsblatt“.

Eine Quelle deutschnationaler Verleumdungen.

Der „Tägliche Dienst für nationale Zeitungen“, der offizielle deutschnationale Pressedienst, verbreitete dieser Tage ein plump gefälliges Schreiben eines ungenannten angeblichen Offiziers des englischen Spionagedienstes. Darin wurde den deutschen republikanischen Parteien für die Hilfe, die sie während des Krieges England geleistet hätten, überhöchster Dank ausgesprochen und nebenbei bemerkt, die Sozialisten seien dafür von England bezahlt worden. Als Quelle dieser „Enthüllung“ wurde ein „Brüner Montagsblatt“ angegeben.

Was ist das „Brüner Montagsblatt“? Mit einiger Mühe ist es uns gelungen, etwas über dieses würdige Pressezeugnis zu erfahren, ja sogar eine Nummer davon aufzutreiben. Es handelt sich um ein primitivstes Verfahrn hergestelltes, mit dem Halentreug geschmücktes antikenstiliges Ständebüchlein, das von der Verleumdung lebt. Als kleine Kostprobe sei hier ein Teil eines Artikels wiedergegeben, in dem sich das „Brüner Montagsblatt“ mit dem deutschen Vorkämpfer in Washington v. Rajkan und mit Stresemann beschäftigt. Da heißt es:

Derjenige diplomatische Biedehopf, ein würdiger Vertreter der Stresemann-Schule (v. Rajkan, Red. d. „B.“), hatte — jedenfalls auf einen Wink seines Meisters — die ungeheuerliche Niedertracht verübt, am Tage der für uns so demütigenden amerikanischen Waffenstillstands- und Siegesfeier auf der Botschaft das republikanische Völkergewand Banner auszuhängen! Zum Dank für diese uns entehrende Raubbucherei ward er von der Milwaukee-Hochschule zum Ehrendoktor ernannt. Es fehlt nur noch der Nobelpreis. Denn diese jüdenblütigen Jämmerlinge, welche Satan in seinem Jern auf Deutschland spie, lassen sich für ihre Feiglingsgrößen noch obenein bezahlen. Als Seitenproßling der Erzpäuer nimmt die durch und durch verjudete Familie Rajkan im „Semigotha“ eine volle Seite ein. So sehen die Herrschaften aus, welche der Duzbruder und Förderer des Schiebermatador Witte Jakob Litwin mit der Reichsvertretung betraut.

Ein Winkblatt, das von der ersten bis zur letzten Zeile in diesem Ton geschrieben ist, wird vom offiziellen Pressedienst der „größten deutschen Regierungspartei“ als Quelle benutzt, um über die republikanischen Parteien Deutschlands Kübel der schmutzigsten Verleumdungen auszugießen.

Dasselbe Blättchen hat übrigens ein „Gedicht“ gegen Scheidemann gebracht, in dem es heißt:

Er stand bereits in Englands Sold,
Als Northcliff spielen ließ sein Gold.

Genosse Scheidemann hat den Verantwortlichen dieser Sudelei verklagt. Ein gleiches Vorgehen gegen den deutschnationalen Pressedienst ist kaum möglich, da dieser zu feig war, Namen zu nennen.

Neue Regierungskrise in Mecklenburg.

Volkspartei und Deutschnationale wollen die Regierung stürzen.

Schwerin, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstag-Sitzung des mecklenburgischen Landtags wurde das von der Regierung dem Landtag vorgelegte Rotgesetz über die weitere einstweilige Regelung des Staatshaushaltsplanes für das Geschäftsjahr 1927 dem Hauptauschuß überwiesen. Die Aussprache ergab, daß die Oppositionsparteien mit Einschluß der Kommunisten

nicht bereit sind, der Regierung für weitere fünf Monate die Mittel des abgelehnten Haushaltsplanes zu bewilligen. Geschäftsordnungsmäßig wurde ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Völkischen und der Wirtschaftspartei eingebracht, der wie folgt lautet: „Der Landtag wolle gemäß § 3 der mecklenburgischen Landesverfassung beschließen: das Staatsministerium wird abberufen.“ Da dieser Antrag nach der Geschäftsordnung drei Tage auf der Tagesordnung stehen muß, kann er erst in der nächsten Woche behandelt werden. Die Rechtsparteien beabsichtigen mit diesem Antrag, den Rücktritt der Regierung zu erzwingen.

Wahlen in Mecklenburg-Strelitz.

35 Mandate und 10 Vorschlagslisten.

Mecklenburg-Strelitz, ein Ländchen mit etwas mehr als 100 000 Einwohnern, erlebt am nächsten Sonntag Landtagswahlen. Es handelt sich um ein reines Agrarland mit 184 Gutsbezirken und 141 Dörfern sowie den beiden je etwas über 13 000 Einwohnern zählenden Städtchen Neubrandenburg und Neustrelitz, die kleine Anzüge von Industrie aufweisen.

Vor dem Krieg war von einer Arbeiterbewegung lediglich in diesen beiden Städtchen etwas zu spüren, die je einen sozialdemokratischen Ortsverein mit rund 20 Mitgliedern zählten. Während des Krieges vollzog sich eine gewaltige Wandlung und als am 30. März 1919 der verfassunggebende Landtag gewählt wurde, erhielt die Sozialdemokratie von 35 Abgeordneten 18 und damit die Mehrheit. Der erste ordentliche Landtag, der am 16. Mai 1920 auf drei Jahre gewählt wurde, bestand aus 15 Abgeordneten der SPD, 1 Abgeordneten der USPD, und 19 bürgerlichen Abgeordneten. Am 8. Juli 1923 war der gegenwärtige Landtag neugewählt worden. Das erstmal zogen die Völkischen mit 3 und die Kommunisten mit 7 Abgeordneten ein. Die Sozialdemokraten hatten 8, die Deutschnationalen 9, die Deutsche Volkspartei 2, Demokraten und Mittelstand 5 und Kleinlandwirte 1 Mandat erhalten. Die Regierungskoalition wurde von Deutschnationalen und Demokraten gebildet. Der deutschnationale Führer, Rittergutsbesitzer Schwabe, waltete vier Jahre als Innenminister, der Demokrat Dr. Hufstaedt als Justiz- und Finanzminister. Anfangs hatten die drei Deutschnationalen die Regierung unterstützt. Sehr bald sah sich die Regierung aber genötigt, die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Haushalt durch weitgehende Zugeständnisse zu erreichen. Die Sozialdemokratie war so das Jünglein an der Wage und übte einen weit über ihre Mandatszahl hinausgehenden Einfluß aus.

Um die 35 Mandate bewerben sich nicht weniger als 10 Vorschlagslisten. Schon jetzt läßt sich voraussagen, daß die radikalen Wählerden auf der äußersten Rechten und Linken, Völkische und Kommunisten, stark geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

Niederlage der Südarmer.

Voller Rückzug gemeldet.

London, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus China haben die chinesischen Südruppen eine außerordentlich schwere Niederlage durch die Armee des Marschalls Sun erlitten. Die Südarmer soll sich in vollem Rückzug befinden. Ihr Verlust wird mit 30 000 Mann angegeben.

Die französische Wahlreform. Die Kammerkommission für das allgemeine Wahlrecht hat am Dienstag mit 17 gegen 15 Stimmen den Gegenentwurf über die Rückkehr zur Kreiswahl (Einmännerwahlkreise) angenommen.

Tagung der Abrüstungskommission der SAJ. Die von der Exekutivkommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im August des Vorjahres eingesetzte Kommission über die Abrüstungsfrage wird am 27. August zu einer Tagung zusammentreten. Sie findet im Sekretariat der SAJ in Zürich statt.

Der 7. Internationale Kongreß gegen den Mädchenhandel ist in London eröffnet worden.

Fremde Erde.

Von Les.

Am Himmel steht eine leuchtende Sichel, mit ihrer sanft gerundeten Seite dem Horizont zugewandt.

Sie schwebt still und feierlich in einem milden, abgrundlosen Blau, aus dem nur fern im Westen ein dünner Wolkenfächer, aus überhellen, wogerechten Fäden geheimnisvoll gewoben, einen Liebergang zu den Konturen der Erde findet.

Die ewige Ruhe des Weltensystems sinkt herab. In der unbewegten Luft zwischern die Vögel fragend und bekümmert.

Seltam fähle Schatten breiten sich aus. Fremd stehen Bäume und Dinge darin. Man ahnt bekante Erscheinungen und begreift sie doch nicht mehr. Die Kresse, die man selbst auf dem Balkon pflanzte, reckt unbekante bläulich-grüne Blattscheiden empor. Die Blüten am Taufschönchen, der bescheidenen, liebevollen Märchenpflanze, schimmern hart und kalt wie aus giftigem Glas. Starr und unerreichbar steigen die Bäume der Straße empor.

Sonneninsternis.

Licht liegt nur noch in schmalen Streifen auf der fremd gewordenen Erde, die sich losgelöst hat aus dem ewigen Kreislauf der Tage, loslöst aus der Gewalt der Menschen. Und ihre Geschöpfe stehen da, halt- und heimatlos. So ist einem wohl im Traum zumute, wenn das Ich, dem der Körper entglitt, diese Hülle betrachtet, die ihm sonst zur Wohnung dient. Es ist ein Nichts geworden, das friert und sich sehnt, wieder heimzukehren. Und der Träumende weiß nicht: ist es Angst oder atemraubendes Wunder, was ihm das Blut in hartem Hämmern durch den Körper treibt.

Neht träumen wir wachend. Das Schlagen des Herzens rauscht in unseren Ohren. Brennend, tränend starren die Augen empor.

Langsam fängt die Sichel an sich zu bewegen. Sie steigt nach Westen herauf, wird breiter, leuchtender.

Plötzlich fühlt man: die Sichel dreht sich nicht.

Ein schwarzes Schattenrad kreist über der Sonnenscheibe und läßt uns von ihr nur diese schmale, wandernde Goldsichel sehen.

Der schwarze Schatten und das goldene Licht kämpfen um den Sieg. Jeder setzt seine stärksten Kräfte ein. Wir Irdischen aber erleben diesen Kampf als unfassbares Wunder, das uns Heiligkeit und Grauen zugleich scheint.

Der Gott der Urvölker und der Wilden, den wir heute verloren glauben, blüht uns darin an: die unerhörte Natur, gut und böse zugleich und darum weder gut noch böse.

Das ist derselbe Gott, den Kopfstark im Gewitter anfang, aus Furcht und Ehrfurcht: Heilig, heilig, heilig.

Langsam schält sich die Sonne, klar und rund, aus dem zurückweichenden Schatten heraus.

Die Sonne.

Die Dinge finden allmählich ihre gewohnte Farbe, werden uns

wieder zugehörig, lieb und ein bisschen alltäglich. Der unirdische Glanz ist wieder von ihnen genommen.

Beruhigt und doch von leiser Trauer erfüllt steht der Mensch im hellen Sonnenlicht.

Aus dem dünnen Silberfächer im Westen ist ein graues Wolkenmassiv geworden, das in seinen Ausläufern den Himmel fest an die Erde bindet.

Es wird gleich regnen.

Steglitz.

Das Milieu: die bürgerliche Familie. Dreizimmerwohnung in herrschaftlichem Hause, Wochenendgrundstück draußen. Wäre es nicht Steglitz, so könnte es Groß-Lichterfelde sein oder Friedenau. Aber Steglitz paßt durchaus. Der Wohnort leidlich situierter, nicht gerade reicher Bürgerlichkeit.

Die Eltern auf Reisen. Ahnungslos, was sich derweilen unter den halbwüchsigen Kinder abspielt. Der 19jährige Gymnasiast hat einen Freund. Der Freund ist Lehrling des ehrharmen Rohgewerbes. Eine auffällige Paarung. Zerwürfnis. Der Freund hält es nun mit der 16jährigen Tochter. Man tanzelt im elterlichen Schlafzimmer. Der Sohn mit neuem Freund im Wochenendhaus. Unverantworteter Zusammenstoß der beiden Paare. Saufgelage, Eifersucht, Revolvergeschüsse. Zwei Leichen bringen die Tragödie ans Licht.

Man denke das blutige Ende fort und frage dann, ob die Situation vereinzelt dasteht. Wieviel Eltern wissen vom Leben ihrer Kinder? Wie ganz anders steht doch die Wirklichkeit aus, als das Gerede im Parlament, von der Kanzel, vom Katheder über Sittlichkeit und Familieninn.

Wir denken nicht daran, hier billige Redensarten über „verwahrloste Jugend von heute“ wiederzukaufen. Wir ersparen uns billige Triumphe über die Jugendheuchelei eines gefälligen Besbürgertums.

Wir denken an ganz etwas anderes: In Steglitz wehen die schwarzweißroten Fahnen. In Steglitz predigt man Rückkehr zum „bewährten Alten“. In Steglitz herrscht die martige Offiziersprosa und das ölige Kanzelwort.

Nicht etwa von den Alten gepredigt gegen die Jungen. Nein, die junge Bürgerlichkeit geht jubelnd in diesem Kampf für das Alte voran. Trägt Hüter-Uniform, schmückt sich mit Hakenkreuzen, trampelt Juden an und beschimpft die republikanischen Neuerer.

Und diese Jugend ahnt am wenigsten, wie weit sie sich selber innerlich, in Lebensstil und Daseinsformen, vom Alten gelöst hat. Wie sehr sie sich von der Jugend jener Zeit unterscheidet, die sie als Ideal preist. Reiner von ihnen möchte ernsthaft, könnte auch nur im Tochterpensonat-Zeltalter Wilhelm des Ersten leben: Aber weil diese Jugend Gedanken und geistiges Streben der Zeit bekämpft, deren Inhalt sie doch miterlebt und mitleben will, deshalb verirrt sie sich und verkommt in sinnloser Sexualtragödie.

Keiner Zwischenschritt: Die Luisebündnerinnen der Provinz entsetzen sich über die Substanz und kurzen Röcke ihrer schwarzweißroten Berliner Mitstreiterinnen. Diese denken gar nicht daran, den Provinzialanten zuliebe den neuen Kleidungsstil preiszugeben.

Ein Blick in die Berufsstatistik: bei gleichbleibender Bevölkerungszahl hat die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um mehrere Millionen zugenommen. Der Hauptzuwachs kommt auf die Frauen.

Zeit- und Lebensumstände ändern die Menschen, bilden eine neue Generation mit veränderten Sitten und veränderten Lebensanschauungen. Auch wenn diese Generation selber davon kaum das Bewußtsein hat, wenn sie in ihren Träumen einer Vergangenheit auftritt, die sie nur deshalb sich romantisch verklärt, weil sie nichts von ihr weiß.

Jonathan.

„Politischer Almanach 1927“. Soeben ist im Verlag von R. F. Köhler (Berlin und Leipzig) der 4. Jahrgang dieses „Jahrbuches des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation“ von Maximilian Müller-Jabusch herausgegeben worden. Auf über 600 Seiten wird kurz über das Ausschau gegeben, was der Redakteur, Politiker und Nationalökonom braucht. In übersichtlicher Folge ist der Stoff in acht Teile gegliedert; dadurch wird ein leichtes Nachschlagen ermöglicht. Das Kapitel „Deutschland“ bringt ein Verzeichnis der Wahlsitzern, Wahlkreise und Abgeordneten, Parteistärke und Parteizugehörigkeit aller Reichstags- und Landtagsabgeordneten. Nähere Angaben finden wir über die deutschen Städte, ihre Beamten, Organe, Einwohnerzahlen, Industrie usw. Das alphabetische Ortsklassenverzeichnis und die Besoldungsordnung sind wiedergegeben. Die Reichsregierungen, die bisherigen und die jetzige, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat mit ihren Beamten und Abteilungen werden in allen Einzelheiten aufgeführt, ebenso die Landesregierungen, ihre Mitglieder, Beamte, Sätze und Anskriften. Genaueres Zahlenmaterial erläutert alle Angaben näher. Die großen Geistes- und Wirtschaftsverbände (Bank, Bildung, Verkehr, Religion, Politik und Wirtschaft) stellt das Jahrbuch zusammen, nennt Mitgliedszahlen, Bureaus und Untergruppen. In einem anderen Teil finden wir Näheres über die außerdeutschen Länder, wie Umfang, Bevölkerung, Verfassung, Parlament und Aufbau. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Völkerbund, ein anderes mit den Zahlen des Dawes-Abkommens. Von großem Interesse ist der Abschnitt „Die große Presse“. Hier werden nach Städten alphabetisch geordnet die deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenbüros und Korrespondenzen aufgeführt, die leitenden Redaktionen, Parteileistungen und Adressen angegeben. In dem Abschnitt „Die Politiker der Gegenwart“ wird der Werdegang der Politiker des In- und Auslandes dargestellt. Den Schluß des politischen Teils bildet eine Chronik des Jahres 1926. Das letzte Kapitel behandelt statistische Einzelheiten, wie Gebiet und Bevölkerung, Verbrauch und Erzeugung, Verkehr und Handel, Preise und Löhne, Arbeit, Geldwesen. Das Werk hält sein Versprechen, Tatsachen und Ziffern zu bringen, aber jede Stellungnahme zu vermeiden. Es ist eine Materialquelle für jeden, der im politischen Leben lebt.

W. P.

Der Internationale Verkskongreß findet vom 18. bis 23. Juli in London und Amsterdam statt. Auch Deutschland ist vertreten. Bisher werden 60 Delegationen erwartet.

Prof. Otto Bode, der Rektor der bairischen Pater, ist im Alter von 88 Jahren gestorben.

Gegen das Klassenverrecht des Oberhauses.

Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei. — Kritik bei den Konservativen.

London, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei hat einen durch die Oberhausreformpläne der Regierung veranlaßten scharfen Mißtrauensantrag gegen die Regierung beschlossen. Die Resolution drückt eingangs das Bedauern darüber aus, daß die Regierung Pläne eingebracht hat, welche die Verfassung im Interesse der konservativen Partei zu verewaltigen suchen. Die Mißtrauensantrag fährt dann wörtlich fort: „Der Plan der Regierung nimmt dem Unterhaus jede Kontrolle über die Finanzen, welche es seit Jahrhunderten besessen hat. Er befreit das Oberhaus auf der Basis der Erblichkeit nachdrücklicher gegen das Volk, als dies seit Jahrhunderten der Fall gewesen ist, und er beraubt, allen Präzedenzfällen der modernen Zeit zum Trotz, die Wählerschaft der Macht, über das Oberhaus zu bestimmen. Das Unterhaus erklärt daher, daß die Durchpfeilung einer solchen Vorlage durch das Parlament ohne ausdrückliches Mandat der Nation eine Vergewaltigung der Verfassung darstellt.“

Diesen Mißtrauensantrag wird Ramsay MacDonald, welcher nach seiner dreimonatigen Erkrankung auf seinen Posten als parlamentarischer Führer der Arbeiterpartei zurückkehrt, im Laufe der kommenden Woche im Unterhaus begründen.

Am Dienstagnachmittag trat in London der aus 800 Mitgliedern bestehende Zentralrat der konservativen Parteiorganisation zusammen. Der Konferenz lag eine von fünfzig konservativen Abgeordneten eingebrachte Resolution vor, in welcher grundsätzlich die Notwendigkeit einer Oberhausreform bejaht, die Regierung jedoch aufgefordert wird, keinerlei weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen, bis die konservative Unterhausfraktion die Angelegenheit durchberaten hätte. In der Diskussion kam starke Kritik an den Reformplänen der Regierung zum Ausdruck, jedoch zeigte die Abstimmung, daß der Zentralrat, also das oberste Organ der Partei, mit überwiegender Mehrheit hinter der Regierung steht. Damit erledigen sich die Meldungen, welche den Eindruck zu erwecken suchten, als ob eine schwere Krise im konservativen Lager bevorstände.

Nationalistische Rüpeleien.

Antisemitische Prügelhelden vor Gericht.

Im Schöffengericht Charlottenburg ist großer Tag. Auf der Anklagebank sitzen 19 junge Leute im Alter von unter und über 18 Jahren, größtenteils ehemalige Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Arbeiter, Schüler, Berufungsangehörige und dergleichen mehr. Etwa 30 Zeugen, Gefinnungsangehörige der Angeklagten und mißhandelte jüdische Mitbürger füllen den Saal. Gegenstand der Anklage ist Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Drei Angeklagte befinden sich noch in Haft.

Natürlich sind alle Angeklagten an den Mißhandlungen und Schlägereien völlig unbeteiligt. Natürlich hat die böse Polizei wie immer plan- und wohllos völlig Unschuldige herausgegriffen und in der brutalsten Weise behandelt. Das behaupten durchgehend alle Angeklagten. Es war am 12. Mai kurz nach der Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Der Landtagsabgeordnete Haake hatte zu einer Protestversammlung in den Hohenzollernfesthallen aufgerufen. Sie wurde aber von der Polizei verboten. Trotzdem strömten etwa 400 bis 500 Mitglieder und Gefinnungsangehörige der aufgelösten Partei zusammen, um gegen die Ungerechtigkeit der Auflösung zu protestieren. Als die Herbeigekommenen von den Polizeibeamten abgedrängt und zum Weitergehen aufgefordert wurden, bildeten sich verschiedene Trupps, die entsprechend einer ausgegebenen Losung sich dem Kursfürstendamms zuwandten. Daß die nationalen Helden hier ihrer Empörung wegen der „widerrechtlichen Auflösung“ der Versammlung Lust machten, indem sie an friedlichen jüdisch aussehenden Passanten ihr Mütchen kühlten, ist selbstverständlich. Bei den Mißhandlungen war es ihnen gleich, ob ihnen Frauen oder Männer zum Opfer fielen. Die Polizei griff ein. Die Trupps lösten sich in kleinen Gruppen auf und liefen zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Hier gingen die Ueberfälle und Mißhandlungen erst recht los. Als sich den Rohlingen und Raufbuben mehrere Polizeibeamte entgegenstellten, wurden sie von der an Zahl weit überlegenen Menge selbsttätig angegriffen. Einige Sifsterte wurden ihnen entrisen. Ein Ueberfallkommando kam herbei, die Polizei machte von den Gummimüppeln Gebrauch und sistierte schließlich eine größere Anzahl von jungen Leuten, die ihnen von den Mißhandlungen und dem Publikum als Teilnehmer der Mißhandlungen gezeitigt wurden. Die letzten Ereignisse, wie sie sich auf dem Bahnhof Lichterfelde und erst vor einigen Tagen in Arensdorf abgepielt haben, beweisen, daß diese jungen Leute selbst nicht vor Mord und Totschlag zurückschrecken. Hier kann nur eines helfen: Mit aller Schärfe durchgreifen.

Die Räuberbande auch im Westen.

Einbruch, Ueberfall und Raub in Babelsberg.

Die Untersuchung der räuberischen Einbrüche, über die wir aus dem Norden und Südosten berichteten, hat zu der Feststellung geführt, daß die gefährliche Bande auch im Westen Groß-Berlins in der gleichen Art schon gearbeitet hat.

In der Nacht vom 23. zum 24. Juni hatte sie es auf die Wohnung des Architekten Stölke im ersten Stock des Hauses Ringweg 13 in Babelsberg abgesehen. Während zwei Mann unten im Garten blieben, stieg einer der Verbrecher von außen her in die Wohnung ein, kam in das Schlafzimmer und hielt die Frau mit der Pistole in Schach. Die Bedingte wagte nicht um Hilfe zu rufen, und so konnte der Verbrecher wenigstens einen Teil der Wohnung durchsuchen. Das Geräusch machte die Stütze im Nebenzimmer. Als sie nach dem Balkon eilte, gab der Einbrecher einen Schuß ab, um sie zu zwingen, sich ruhig zu verhalten. Die Stütze schrie aber trotzdem vom Balkon hinaus. So erwachten auch die anderen Mieter des Hauses. Der Untermieter eilte hinaus und versuchte die Tür zuzuhalten, um den Einbrecher zu fangen. Dieser schoß abermals, schloß wieder, entkam aber nach dem Garten und entfiel mit den beiden Komplizen über das Gelände der Potsdamer Stammbahn hinweg in den Wald hinein. Erbeutet hat er eine goldene Damenuhr, die auf einem Tischchen lag. Den Wächter hatte die Bande vorher mit vorgehaltener Pistole nach Waffen durchsucht und dann gezwungen, einen anderen Weg zu gehen. In Köhlhagenbrunn wurde die Bande von dem Grundstück von Hlfeld in der Berliner Straße 145 verschleust, ebenso in der Potsdamer Forst von dem Sommergrundstück „Die Gule“ durch Hunde. Man sieht also, daß ihr Arbeitsfeld die ganze Umgebung der Stadt ist. Ueber die Ausschreibung einer Belohnung wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages von den zuständigen Stellen entschieden werden.

Gegen den politischen Mord!

Heute abend um 8 Uhr werden sich die Republikaner Erkner und der umliegenden Orte auf dem Marktplatz in Erkner um den Sarg des ermordeten Kameraden Tietze zu einer kurzen Trauerfeier versammeln. Für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold spricht Oberst Lange und für die Partei Genosse Wilhelm Krüger. Nach der Rundgebung wird der Sarg zur Friedhofshalle übergeführt. Am Sonnabend abend 6 Uhr wird Senatspräsident Großmann auf dem Schulplatz in Erkner die Gedächtnis-

Der Mond über der Sonne.

Bei klarem Himmel war Beobachtung der Verfinsternung fast überall möglich.

Wenn der Berliner auch dem Uberglauben abgeneigt ist, heute am frühen Morgen sah er in der offiziell angekündigten Sonnenfinsternis eine Bestätigung dessen, daß auf die „himmlischen Mächte“ kein Verlaß ist. Wenn die Verfinsternung auch keine „absolute“ war und in der Fachsprache nur „partiell“ benannt wird, sie war vorhanden. Die Sonne war, nach wochenlanger Abwesenheit, erschienen, um die Astronomen nicht zu blamieren. In der Frühe des Beginns, gegen sechs Uhr, war die Himmelercheinung sehr gut mit bloßem Auge sichtbar. Die helle unbedeckte Sonnenscheibe wirkte als Sichel gegenüber dem dunklen Schatten. Die zahlreichen Straßenpassanten, besonders die Arbeiter, die den Fabriken und Werkstätten zuströmen, sehen es sich nicht nehmen, die seltene Grottsvorstellung genau zu besichtigen, um dann mit gebildeten Augen weiter zu laufen. Auf den Straßenbahnen saß und drängte sich alles auf den Perrons und auf der Offseite, um das Phänomen im Fahren zu beobachten. Viele Menschen, besonders die Jugend, stand halb angekleidet auf den Ballonen oder an den Fenstern; einige Naturfreunde hatten sogar die Dächer der Häuser bestiegen. Sie hatten sich mit ruhgeschwärteten Gläsern ausgerüstet und kamen voll und ganz auf ihre Kosten. Nur die Straßenhändler, die mit Aufgeschlüssen handelten, besaßen den schlechten Geschäftsgang in der Frühe; die zahlenden Kunden ruhten ja noch in ihren Betten. Ganz wenig Menschen jedoch fanden in der seltenen Naturerscheinung ihre Beugung, sie beobachteten die eigenartige gedämpfte Lichtwirkung, speziell an dem grünen Laub der Bäume und dem sahen Bild der morgendlichen Straße.

Wie sich die Verfinsternung vollzog.

Um 4.20 Uhr begann entsprechend den astronomischen Berechnungen die Verfinsternung der Sonne, doch konnte der Vale erst nach 5 Uhr wesentliche Veränderungen des Sonnenbildes feststellen. Langsam und allmählich hob sich der Rand auf seiner Bahn am südlichen Horizont vor die Sonne. Gegen 5.6 Uhr war bereits ein wesentlicher Teil des Tagesgestirns bedeckt und nun setzte naturgemäß die Dämmerung ein, die von 5.45 bis gegen 6 Uhr immer stärker wurde und gegen 6.20 Uhr etwa ihren Höhepunkt erreicht hatte. Der staubblaue Himmel wurde zunächst im Westen immer fahler, bis auch der östliche Horizont in graues, trübes Licht gehüllt war. Die Verfinsternung war so erheblich, wie es um diese Jahreszeit gegen 21 Uhr der Fall zu sein pflegt. Dann war der Höhepunkt der Sonnenfinsternis erreicht. Etwa 87 Proz. der Sonne waren durch den Mond bedeckt und nach Süden zu hob sich deutlich die schmale Sonnensichel ab. Von Minute zu Minute wechselte dann das Bild und langsam zog der Erdbetragant vorüber, wobei entsprechend die Intensität der Sonnenstrahlen wieder stärker wurde. Man erlebte am selben Morgen das Schauspiel eines zweiten Sonnenaufganges mit all seinen Farben und Lichtern am Himmel. Heller und heller wurde es wieder und gegen 7.20 Uhr war die Sonnenfinsternis vorbei.

Aber nicht nur die Astronomen und Meteorologen haben sich mit der Sonnenfinsternis beschäftigt — zur Zeit der größten Verfinsternung der Sonne trat plötzlich ein heftiger eiskalter Wind ein, während es vorher vollkommen ruhig war —, sondern auch alle Radiostationen und Laboratorien in Deutschland haben während der ganzen Sonnenfinsternis experimentiert, um für ihre Wissenschaft Beobachtungen zu machen. Auf Grund seit langem getätigter Vereinbarungen fanden die europäischen und die amerikanischen Stationen auf langen und kurzen Wellen ununterbrochen Nachrichten und Musik. Man wollte feststellen, ob die künstliche Dämmerung, die zur Zeit des Vorübergehens des Mondes an der Sonne eingetreten war, die elektrischen Wellen in anderer Weise beeinflusst als es die natürliche Dämmerung tut, die ja bekanntlich nach Sonnenuntergang selbst schwache Sendenergien so erheblich verstärkt, daß sie auf weite Entfernungen wahrgenommen werden können. Die Ergebnisse hierfür werden freilich erst später bekannt werden, da die Laboratorien und Tausende von Amateuren ihre Erfahrungen über die physikalischen Vorgänge während der Sonnenfinsternis niederlegen und austauschen werden.

Auf der Treptow-Sternwarte.

Die Sternwarte in Treptow hatte alle Vorbereitungen getroffen, um den Verlauf der Sonnenfinsternis in allen Einzelheiten genau zu beobachten. Außer dem bekannten Riesenteleskop waren zahlreiche kleinere Fernrohre auf der Plattform aufgestellt worden. Photographische und Filmapparate wurden in Stellung gebracht und schon morgens kurz nach 5 Uhr hatten etwa 200 Besucher der Dinge, die da kommen sollten. Um 5.23 Uhr, der Zeit des Eintritts des Mondes in die Sonne, war der Himmel noch so trübe, daß eine Beobachtung völlig unmöglich war. Zum Glück und zur Freude der Anwesenden klarte sich nach etwa 10 Minuten der Himmel auf und der Vorgang der Verfinsternung bis zum Austritt des Mondes um 7.20 Uhr konnte sehr gut beobachtet werden. Die größte Phase der Verfinsternung war um 6.19 Uhr, als 87 Proz. der Sonne bedeckt waren. Um 7.20 Uhr war die Sonnenfinsternis zu Ende. Mit dem großen Fernrohr

rede für Karl Litzke halten. Am Grabe selbst hält Genosse Pfarrer Franke die Leichenrede.

Anlässlich der Ermordung des Reichsbannermannes hat die Partei in der Provinz zu Kundgebungen mit dem Thema „Gegen den politischen Mord“ aufgerufen. Kundgebungen dieser Art finden statt: in Brandenburg a. d. H., Rathenow, Wittenberge, Luckenwalde, Eberswalde, Prenzlau, Frankfurt a. d. O., Rottbus, Lübben, Landsberg a. d. W., Spremberg, Forst i. d. L., Sommerfeld, Finsterwalde, Seelitzberg i. d. L., Wellerich und Schneidemühl. In Fürstenwalde und in Rützin haben bereits Kundgebungen stattgefunden.

Achtung, Pragsfahrer!

Die von der tschechischen Regierung in der Besatzung des Prager Arbeiterportales herausgegebenen Legitimationskarten genügen, wie die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege mitteilt, nicht zum Grenzübertritt gegenüber den deutschen Behörden. Alle Teilnehmer müssen sich entweder einen Paß besorgen oder auf Sammelpässe vereinigt die Reise antreten. Zur Ausstellung des persönlichen Passes, der 3 R. kostet und 5 Jahre Gültigkeit hat, ist die Rücknahme von zwei Lichtbildern notwendig. Der Einzelpaß und die Sammelpässe werden von dem zuständigen Polizeiamt oder vom Landratsamt ausgestellt. Die Teilnehmer, die auf Sammelpässen fahren, müssen die Grenze geschlossen bei der Hin- und Rückfahrt überschreiten. Ein Visum ist nicht notwendig.

Unter der Beschuldigung der schweren Mißhandlung sind der Zigarrenhändler Land aus der Reichenberger Straße und seine Frau verhaftet worden. Vor einigen Tagen gab es, wie wir mitteilten, vor dem Landischen Baden eine große Menschenansammlung, die eine drohende Haltung gegen das Ehepaar einnahm. Die Leute, besonders die Frau, werden beschuldigt, eine minderjährige Nichte solange mit Arbeit überlastet und schwer mißhandelt zu haben. Die von Kriminalkommissar Strewe angeleiteten Ermittlungen und Zeugenvernehmungen förderten so schweres Belastungsmaterial zutage, daß das Ehepaar geftern festgenommen wurde. Vor dem Untersuchungsrichter waren

wurden unter Leitung von Günther Archenhold, des Sohnes Direktor Archenholds, dem die Leitung der Treptower Sternwarte untersteht, zahlreiche gelungenere Photo- und Filmaufnahmen gemacht, die demnach der Dessenlichkeit gezeigt werden dürften. Auch die vielen Besucher waren mit den Beobachtungen, die sie durch die kleinen Fernrohre machten, sehr zufrieden. Während der Vormittagsstunden war eine Gruppe von Sonnenflecken in besonders schöner Stellung und Klarheit zu sehen.

Auf der Sternwarte in Babelsberg.

Auf der Babelsberger Sternwarte konnte bei strahlendem blauem Himmel die heutige Sonnenfinsternis in ihrem ganzen Verlauf verfolgt werden. Noch bis kurz vor 1/5 Uhr schien es, als ob die Hoffnung auf ein gutes Wetter trügerisch sein sollte. Dichtes Gewölke bedeckte den ganzen Himmel. Bald aber trat eine schnell fortschreitende Aufklärung ein und um 5 Uhr war auch der Nordosthorizont von Wolken frei. Künstlich zur festgesetzten Sekunde, 5 Uhr 22 Minuten 28 Sekunden mitteleuropäischer Zeit, war der „erste Kontakt“ und in der nächsten Sekunde war schon eine kleine Einbuchtung in dem glatten Rand des Tagesgestirns zu sehen, gleichfalls auf der tiefen schwarzen Mondscheibe, die sich nun immer mehr über die Sonne vorstob. Gegen sechs Uhr begann die Helligkeit auf der Erde merklich abzunehmen. Bei völliger Windstille trat die bei Sonnenfinsternissen charakteristische fahle Färbung der Gegenstände, insbesondere der Vegetation ein. Die vorher sehr lebhaften Vogelwelt verstummte fast völlig bis auf einige ängstliche Schreier, und um 6.19 Uhr war die größte Phase der Finsternis erreicht, bei der 87 Proz. der Sonnenscheibe vom Monde bedeckt war. Mit dem großen Reflektor der Sternwarte wurde diese Phase der Finsternis auf der photographischen Platte festgehalten. Nun vollzog sich das Schauspiel in umgekehrter Richtung. Anfangs langsam und dann schnell und schneller lehrte die Natur in ihre „normale Lage“ zurück. Mit der zunehmenden Helligkeit war auch die Berührung der Tierwelt deutlich zu beobachten. Kurz vor Schluß der Finsternis zogen vereinzelte Wolken über die Sonne, aber das Ende der Finsternis, der „letzte Kontakt“ konnte wieder einwandfrei beobachtet werden. Ebenfalls in genauester Uebereinstimmung mit der Vorabrechnung fand er 7 Uhr 19 Minuten 10 Sekunden statt.

Auch das Astro-Physikalische Observatorium in Potsdam konnte das Beobachtungsprogramm für die heutige Sonnenfinsternis an vier Beobachtungsstellen gut durchführen.

Beobachtungen in aller Welt.

Hamburg, 29. Juni. (W.T.B.) Die Sonnenfinsternis hat sich auf der Hamburger Sternwarte sehr gut beobachten lassen. Sie begann zur vorausgerechneten Zeit, um 5 Uhr 24 Minuten 48 Sekunden bei fast ganz klarem Himmel. Im Laufe der Beobachtung trat leichte Bewölkung ein, aber der Mond blieb dauernd gut zu sehen. Am die Mitte der Finsternis, 6.21 Uhr, schwankte die Sonnensichel von der linken Seite nach unten und von da nach der rechten Seite herum. Später nahm die Bewölkung so stark zu, daß das Ende der Finsternis, das 7 Uhr 21 Minuten zu erwarten stand, nicht beobachtet werden konnte. Es wurde eine große Anzahl photographischer Aufnahmen an verschiedenen Instrumenten der Sternwarte hergestellt. Sehr klar waren auch die Sonnenflecke, die in größerer Zahl auf der Sonne zu sehen waren und ein gutes Maß für die Größe der Verfinsternung gaben.

Capland, 29. Juni. (W.T.B.) Die von der Hamburger Sternwarte hierher entsandte Sonnenfinsternisexpedition konnte die totale Finsternis bei klarem Wetter und bei klarem Himmel vorzüglich beobachten. Die Sonnenkorona war sehr hell, auch waren mehrere große Protuberanzen sichtbar. Die Dunkelheit während der Totalität war sehr groß.

London, 29. Juni. (W.T.B.) Die Sonnenfinsternis, wie sie von den Astronomen in Giggleswick (Grasshoft Port) beobachtet wurde, bot ein glänzendes Schauspiel. Das Licht nahm eine graue und dann braune Färbung an, die Temperatur sank, es wurde kalt, die Vögel hörten auf zu singen, die Schafe auf den Feldern blöckten flüchtig, als der große Schatten mit einer furchtbaren Geschwindigkeit über die Erdoberfläche glitt. Eine völlige Finsternis trat ein, die 23 Sekunden anhielt. Bevor es ganz hell wurde, sah man einen wunderbaren Kranz von goldenen und silbernen Strahlen.

Stockholm, 29. Juni. (U.) Besonders großes Interesse rief die Sonnenfinsternis in Schweden hervor. Zahlreiche Extrazüge wurden nach Lapland eingelegt, wo die Stadt Gällivare als bester Observationspunkt gilt. Seit Wochen schon weilt dort hervorragende schwedische und ausländische Astronomen, u. a. auch solche aus Kiel und Göttingen, die die Vorbereitungen für die Beobachtung der Sonnenfinsternis trafen. Die Graenagsberg-Erzkonglomerat stellte für die Zeit der Beobachtung der Sonnenfinsternis, die auch hier bei klarem Wetter gut durchgeführt werden konnte, ihren Zugverkehr ein, um die Beobachtungen nicht zu stören.

beide zum Teil geständig. Auch Land gibt zu, an den Mißhandlungen beteiligt gewesen zu sein oder sie wenigstens geduldet zu haben.

Häufige Fliegerunfälle in Frankreich.

18 Militärflieger in einem Monat tödlich verunglückt

Paris, 29. Juni. (U.) Senator Duberjac richtet an Kriegsminister Painlevé ein Schreiben, in dem er sein Bedauern über das Fehlen einer gesetzlichen Regelung des Militärflugdienstes ausdrückt und darauf hinweist, daß die Fliegerunfälle in der französischen Armee weit zahlreicher sind als in anderen Armeen. In der Zeit vom 3. Mai bis 3. Juni 1927 seien 18 Militärflieger tödlich verunglückt.

Die Ueberquerung des Stillen Ozeans.

Oakland (Kalifornien), 29. Juni. (W.T.B.) Der Flieger Ernest Smith, der zum Flug nach Honolulu aufgestiegen war, ist rasch zurückgekehrt, da der Windstoß zerbrach, wodurch er schluglos den Winden ausgeliefert würde. — Dagegen ist die Ueberfahrt des Flugzeuges mit Mattland und Hegenberger ohne Zwischenfall erfolgt. Das Flugzeug erhob sich sehr rasch und überflog den Hafen von San Francisco in einer Höhe von 600 Metern. Alle Schiffe im Stillen Ozean sind drahtlos aufgefordert worden, die Sichtung des Flugzeuges bei der Ueberquerung des Stillen Ozeans zu melden.

Zepplins-Wurde, das Spezialhaus für Zeppelins, Gardinen, Möbelstoffe, Dekorations- und Bekleidungsarbeiten in den Gailen-Kuorverkauf. Die Räume sind um ein Bedeutendes erweitert. Die Vorbereitungen dieser Firma zur Bewältigung des zu erwartenden Aufwandes sind getroffen. Die Angebote bieten auch in diesem Jahre Kundergünstiges. Der Gailen-Kuorverkauf der Firma Zepplins-Wurde, Berlin G.L. Spandauer Straße 40 wird im Rahmen der vorgemerkten Veranordnungen selbst für Berlin-Veranstaltungen wirken. Der Gailen-Kuorverkauf beginnt am Freitag, den 1. Juli 1927 um 1/2 9 Uhr. Es ist räthlich, das Insekt der Firma in der möglichen Zeit genau zu beachten.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Was haben die Kommunalvertreter dabei zu tun?

Man schreibt uns: Der gegenwärtige Kampf im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wegen der Eingliederung von Kommunalvertretern in die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise, der Landarbeitslosenstellen sowie in den Verwaltungsrat der Reichsanstalt wird wahrscheinlich mit besonderer Hartnäckigkeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes auch im Plenum fortgesetzt werden.

Die Stellungnahme unserer Partei zu dieser Frage ist leider nicht so geschlossen, wie es im Interesse der Sache notwendig wäre. Den Befürwortern der Beteiligung der Kommunen seien folgende Darlegungen entgegengehalten.

Die Sozialversicherungsgesetzgebung hat ihren Ursprung in allen Zweigen der Kommune gehabt; sie ist hervorgegangen aus der Armenpflege, denn jeder Bedürftige, der früher krank, invalide oder alt wurde und somit arbeitsunfähig, fiel in den meisten Fällen der Armenpflege der Kommune zur Last. Auch die arbeitslosen Gemeindeglieder, die keine Arbeit finden konnten, mußten die Armenpflege in Anspruch nehmen.

Die Armenfürsorge der Gemeinde

für all die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft wurde solange fortgesetzt, bis sie den Rahmen der Armenpflege sprengten und es sich notwendig machte, daß Staat und Reich eingriffen, um besondere Verschönerungseinrichtungen zu schaffen.

Die Krankenversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung, die Unfall- und die Angestelltenversicherung legen davon Zeugnis ab. Bei der Krankenversicherung zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge und sind Träger der Versicherung. Sie haben ihre Vertretungen im Ausschuss und Vorstand entsprechend der Ausbringung der Mittel, d. h. der Arbeitnehmer stellen zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel der Ausschuss- und Vorstandsglieder. Von einer Beteiligung der Kommunen ist keine Rede. Die Invaliden- und Altersversicherung wird von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwaltet, die die Mittel zu einem erheblichen Teil aufbringen. Der Rest wird vom Reich getragen. Träger der Anstalten sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund eines bestimmten Wahlverfahrens; das Reich hat, da es ebenfalls Mittel zusteht, ein Mitspracherecht. Bei der Unfallversicherung, deren Kosten von den Arbeitgebern getragen werden, wird auch nur von den Arbeitgebern verwaltet.

Wir sehen also, daß in allen diesen Zweigen der Sozialversicherung

Die Kommunalvertreter nicht herangezogen

werden. Die Krankenkassen wie die Berufsgenossenschaft — Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesen Zweigen der Versicherung — würden sich aufs entschiedene dagegen wehren, daß Körperschaften mitreden wollen, die an der Ausbringung der Mittel nicht beteiligt sind. Dieser Standpunkt ist denn auch durchaus berechtigt.

Daß zur Reichsarbeitslosenversicherung Kommunalvertreter hinzugezogen werden sollen, wäre also eine Ausnahme, die nur aus den alten liberalen Anschauungen heraus zu erklären ist, daß der Arbeitslose unter besondere Kontrolle gestellt werden müsse, daß er keine Lust habe zur Arbeit, und daß jeder, der arbeiten wolle, auch

Arbeit fände. Im stillen Kämmerlein ihres liberalen Herzens hegen die Befürworter der Drittelung die Hoffnung, daß, wenn in den Verwaltungsausschüssen und dem Verwaltungsrat je ein Drittel Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kommunalvertreter sitzen, dann die Möglichkeit gegeben ist, daß

Kommunalvertreter und Arbeitgeber eine Mehrheit

bilden, um den Ausbau der Arbeitsnachweise zu verhindern, den Arbeitslosen das Leben weidlich schwer zu machen und auf die Personalpolitik einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Kurz gesagt: den Arbeitsnachweis den Arbeitgebern und der Obrigkeit auszuliefern. Der mittelalterliche Geist tritt in Erscheinung und seine Befürworter möchten am liebsten die berühmte Verordnung vom Jahre 1530 wieder in Kraft setzen, die in ihrem entscheidenden Teile folgendermaßen lautet:

„Der Röm. kais. majestät ordnung, reformation, guter polizen im h. römischen Reich zu Augspurg anno 1530 ausgerichtet“ verbietet den Besetzten den Arbeitsnachweis, der den Meistern und der Obrigkeit überwiesen wird...

Wir sehen daraus, daß die herrschenden Schichten ihre Auffassungen vom Arbeitsnachweis nicht residieren haben. Wenn wir uns nun die Tätigkeit der Kommunen in der Praxis in bezug auf Ausbau des Arbeitsnachweiswesens und der Arbeitslosenversicherung ansehen, so müssen wir gestehen, daß mit rühmlichen Ausnahmen, insbesondere in großen Städten und in solchen Kommunalverwaltungen, wo fortschrittliche Männer, vorab unsere Parteigenossen maßgebenden Einfluß haben, der Pflege des Arbeitsnachweiswesens nicht die gehörige Beachtung geschenkt wurde. Von Kennern der Dinge wird behauptet: Der schlechteste Raum, der nach Ansicht der Kommunalverwaltung unfähigste Beamte oder Angestellte, bildeten zusammen den Arbeitsnachweis. Es gibt

Arbeitsnachweiskräume, die jeder Beschreibung spotten.

In Bodenträumen, halbverfallenen Hintergebäuden und früheren Stallungen sind die Arbeitsnachweise teilweise untergebracht.

Wenn viele der Beamten und Angestellten, die nach Ansicht der Kommunen sonst nicht tüchtig genug waren und deshalb in den Arbeitsnachweis kamen, sich dennoch darin bewährten, so ist das wahrlich nicht Ablicht der Kommune gewesen, sondern es waren eben Männer, die zwar in der engen kommunalbürokratischen Verwaltung keine Befriedigung fanden, umso mehr aber im Arbeitsnachweis mit seinem warm pulsernden Leben ein reiches Betätigungsfeld gewannen. Versuchten sie aber den Arbeitsnachweis auszubauen, wozu sie ja die Kommunalverwaltung benötigten, dann wurden ihnen nicht selten armdicke Knüppel zwischen die Beine gemorren. Wenn also im Sozialpolitischen Ausschuss von einer „Erfahrung der Kommunen“ geredet wird, so ist zu entgegnen, daß die Kommunen mit rühmlichen Ausnahmen alles getan haben, um die Arbeitsnachweise in ihrer Entwicklung zu hemmen. Ihre Erfahrungen liegen eher auf dem Gebiete der Sabotage der Arbeitsnachweise und der Arbeitslosenversicherung. Sie haben sich überdies auch reichlich schädlich gehalten auf Kosten der Arbeitslosenfürsorge mit Rücksicht auf ihre kommunalpolitischen Interessen. Kurzum, die Arbeitslosenversicherung kann als Selbstverwaltungsorganisation keine kommunalen Zwischenglieder gebrauchen.

fehlt wurde, sich während der Sommermonate leidlich über Wasser zu halten.

In diesem Jahre hat die Direktion des Deutschen Theaters mit dieser Gepflogenheit gebrochen. Sie wollte zwar die entlassenen Arbeiter ebenfalls abwechselnd beschäftigen, vor ihnen aber für jede etwa 5 Stunden dauernde tägliche Beschäftigung nur 3 M. Diese Zumutung lehnte das Personal ab und forderte pro Vorstellung 6 M., was etwa dem tariflichen Satz entspricht.

Die Direktion hofft sich nun erwerbslos Arbeiter von der Straße und zahlt ihnen pro Vorstellung 2,50 M., nicht also rückwärts die Kollage der Erwerbslosen aus.

Durch diese Maßnahmen leidet aber nicht nur das vorübergehend entlassene Personal, sondern auch die Sicherheit des Theaterpublikums. Wie soll das mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraute Aushilfspersonal einer plötzlich eintretenden Katastrophe wirksam begegnen können?

Wir sind der Ansicht, daß diese unsoziale Einstellung der Direktion des Deutschen Theaters nicht die Billigung der Gesamtdirektion der Reinhardt-Bühnen und besonders des Leiters Herrn Max Reinhardt finden würde, wenn sie diesen Stellen überhaupt bekannt wäre. Es bedarf hoffentlich nur dieses Hinweises, um die aufgezeigten Mißstände abzustellen, zumal die Direktion in der Winterzeit stets ein ausverkauftes Haus hatte und diese Maßnahmen nicht etwa mit schlechter finanzieller Lage begründen kann.

Der Streik bei der Damag geht weiter.

Die Firma sucht Streikbrecher.

Die Streikenden der Damag haben in einer Versammlung das Angebot der Firma, das gleiche wie am Streikbeginn, abgelehnt und einstimmig befundet, im Kampfe weiter zu verharren.

Der Firma brennt es auf den Nägeln. Polizei in verstärkter Form wird mobilgemacht. Beschuldigungen werden laut, man hätte von Arbeitswilligen Sachen einbehalten, körperliche Züchtigungen vorgenommen usw. Die Berliner und die Provinzpresse wird mißbraucht. Von Landsberg a. W. und Brandenburg a. H. kommen die Kollegen und müssen, wenn sie erfahren, daß hier die Kollegen im Streik stehen, um das Jahrgeld betrogen, heimfahren. Die selben Streikbrecher haben nach ganz kurzer Zeit das Eldorado verlassen, weil sie ganz allein auf weiter Flur standen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung.

Streik der französischen Sardinensüßer.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Sardinensüßer ist seit Dienstag in allen Häfen der Bretagne in vollem Gange; die Fischerboote sind nicht ausgefahren. Die Pariser Presse verfolgt bis in die Rechtstreife hinein mit unverhohlener Sympathie die Anstrengungen der Fischer, sich vor der erdrückenden Allmacht der Konservenfabrikanten zu schützen, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Für Freitag sind Besprechungen beim Minister der öffentlichen Arbeiten anberaumt.

Streik in der Lodzer Textilindustrie.

Lodz, 28. Juni. (T.L.) Seit gestern ist in einem großen Teil der Textilindustrie ein Streik ausgebrochen. Der größte Teil der Fabriken liegt bereits still. Die übrigen werden wahrscheinlich heute oder morgen schließen. Anlaß zu dem Streik ist die Forderung einer fünfzigprozentigen Lohnerhöhung.

Wirtschaft

Hüttenwerke Wilhelm Kaiser verdienen wieder. Der ungünstige Abschluß im Vorjahr, der mit einem Verlust von über 300 000 M. endete, also fast 20 Prozent der 2,1 Millionen Mark Aktienkapital ausmachte, hat die Hüttenwerke C. Wilh. Kaiser u. Co., A.-G. Berlin, zu einer gründlichen Rationalisierung veranlaßt. Der Erfolg der Betriebsumstellungen ist nicht ausgefallen. Während die Rohgewinne sich mit 1,2 Millionen fast verdoppelten, erfuhren Untkosten und Steuern eine erhebliche Senkung von rund 500 000 auf 380 000 M. Die Zinslasten gingen zwar auch von 475 000 auf 421 000 M. etwas herunter, sind aber im Verhältnis zum Aktienkapital immer noch sehr hoch und über-treffen die gesamten Untkosten und Steuern um 40 000 M. Immerhin verbleibt für 1926 ein Reingewinn von über 200 000 Mark, der den Verlustortrag des Vorjahres auf 163 000 M. ermäßigt. Die Bilanz weist aber trotz des Gewinnabschlusses noch eine ziemliche Spannung auf. Wenn auch die Waren- und Wechselschulden von 5,3 auf etwa 4,0 Millionen Mark gesenkt werden konnten, so stehen diesem noch recht hohen Schuldenbetrag nur 457 000 M. Forderungen gegenüber und nicht einmal durch Heranziehen der mit 2,5 Millionen Mark bewerteten Beteiligungen können die Schulden gedeckt werden. Allerdings sagt der Geschäftsbericht, daß die vorgenommenen Betriebsverbesserungen sich bisher noch nicht voll auswirken konnten und erst im laufenden Geschäftsjahre mit einer weiteren Besserung der Lage zu rechnen ist.

Riebeck-Werke und Deutsche Niles Werke nach der Sanierung. Aus dem Zusammenbruch des Rohn-Konzerns waren dem Riebeck-Werk und den Deutschen Niles Werken im Geschäftsjahr 1925 Verluste von 3 Millionen bzw. 2,1 Millionen Mark entstanden, die durch Zusammenlegung des Kapitals von 4 005 000 Mark auf 1 400 000 Mark bzw. 2 820 000 Mark auf 1 000 000 Mark abgedeckt wurden. Beide Gesellschaften hatten im November 1925 Geschäftsaufsicht beantragt, die nach Annahme eines Zwangsvergleiches auf der Basis von 30 Proz. im Mai 1926 aufgehoben wurde. Die Geschäftslage im Berichtsjahr 1926 stand noch unter dem Druck dieser Verhältnisse. Erst gegen Mitte des Jahres trat eine wesentliche Besserung ein. Doch haben nach den üblichen Abschreibungen das Riebeck-Werk noch einen Verlust von 44 694 Mark, die Niles Werke einen Verlust von 1137 Mark. Die finanzielle Lage der Gesellschaften ist noch nicht günstig. Beim Riebeck-Werk stehen laufenden Schulden von 940 000 Mark, dazu 854 000 Mark langfristige Bauschulden und 1 374 000 Mark Hypotheken 658 000 Mark Außenstände und 1 103 000 Mark Material, Halb- und Fertigfabrikate gegenüber. Bei den Niles Werken stehen 760 000 Mark Verbindlichkeiten, dazu 533 000 Mark langfristige Bauschulden und 1 503 000 Mark Hypotheken gegen 542 000 Mark Außenstände und Wechsel und 954 000 Mark Material, Halb- und Fertigfabrikate. Beide Betriebe sind gegenwärtig voll beschäftigt. Aufträge liegen noch für mehrere Monate vor. Die Zahl der Beschäftigten des Riebeck-Werkes ist wieder auf 110 Angestellte und 650 Arbeiter gestiegen, die der Niles Werke auf 65 Angestellte und 420 Arbeiter.

Der erste Protest. Auf der Eisenacher Tagung des Verbandes Deutscher Juteindustriellen wurde an den Hamburger Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Curtius scharfe Kritik geübt. Es wurde die Gegenforderung aufgestellt, die bestehenden Zölle aufrecht zu erhalten und eine Verminderung in der Einfuhr von Jute-geweben, auch zu Vereinfachungszwecken, eintreten zu lassen, um weitere Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu vermeiden.

Die Sparfassenauflösung der Stadt München. Der Stadtrat München hat nunmehr beschlossen, die von der Inflation vernichteten Sparguthaben der Sparfasse München mit 16 1/2 Proz. aufzuwerten und diesen Satz auf 19 Proz. zu erhöhen, wenn die Ubführung an den Landesausgleichsstock in der Höhe von 1,6 Millionen in Wegfall kommt. Zu diesem Zweck werden mit der Regierung neuerdings Verhandlungen geführt.

12 Prozent Dividende für Weinbrand. Die Generalversammlung der Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein, genehmigte für 1,09 Millionen Stammaktien aus dem Reingewinn 12 Prozent Dividende. Der Reservefonds wurde um 75 751,45 M. auf 350 000 M. erhöht, ferner wurden 148 758,54 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Jollunion zwischen Lettland und Litauen. Wie gemeldet wird, machte das lettische Außenministerium der Regierung Litauens den Vorschlag, Grundlagen für einen lettisch-litauischen Wirtschaftsvertrag auszuarbeiten. Lettland wäre im Prinzip geneigt, mit Litauen einen Vertrag auf gleicher Basis wie mit Estland, d. h. eine Jollunion abzuschließen.

Frankenlohn für Politik: Nicola Schiff; Wirtschaft: S. Klingelhöfer; Gewerkschaften: S. Stricker; Freilicht: R. H. Böhm; Volkes und Soldaten: Fritz Ruppert; Wagnen: Th. Glöck; Familien in Berlin: Verlag: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 1.

Der Schiedsspruch in Köln.

Geringe Zugeständnisse. Kein Lohnausgleich.

Köln, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der mit großer Spannung erwartete Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im Kölner Metallarbeiterstreik wurde am Mittwoch vormittag um 10 1/2 Uhr bekanntgegeben. Der Spruch sieht vor: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die Arbeitszeit ist so zu verteilen, daß auf den Samstag nicht mehr als sieben Stunden fallen; an den Tagen vor hohen Feiertagen beträgt die Arbeitszeit sechs Stunden. Die Unternehmer können eine Verlängerung der geschäftlichen Arbeitszeit anordnen und zwar bis zum 1. November 1927 bis zu 52 Stunden und vom 1. November ab bis zu 51 Stunden die Woche. Darüber hinaus können Ueberstunden nur mit Zustimmung der geschäftlichen Betriebsvertretungen vereinbart werden. Für die 48 bis 52 Mehrarbeitsstunden wird ein Zuschlag von 20 Proz. gezahlt. Diese Regelung gilt vom 25. Juni 1927 bis 1. Februar 1928 und kann von da ab mit einmonatiger Kündigungsfrist jeweils zum Monatschluß gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Samstag, den 2. Juli.

Dieser Schiedsspruch bedeutet für die kämpfende Kölner Metallarbeiterchaft ein sehr geringes Zugeständnis, besonders deshalb, weil der Lohnausgleich bei diesem Schiedsspruch nicht mit in Betracht gezogen wurde. Die Funktionäre der Kölner Metallarbeiter werden heute nachmittag zu dem Spruch Stellung nehmen.

Schädigkeit im „Deutschen Theater“.

Was sagt Max Reinhardt dazu?

Die Bestrebungen des Direktors Max Reinhardt haben stets die Sympathien der Arbeiterchaft gefunden. Infolge seiner sozialen Einstellung war er besonders bei den Angestellten und Arbeitern der unterstellten Theater sehr geachtet.

Die Direktion des Deutschen Theaters ist aber auf dem besten Wege, dieses Ansehen zu untergraben. Es war im Deutschen Theater in den letzten Jahren üblich, daß während der Sommerferien das dem vorübergehend entlassenen technischen Bühnenpersonal die Arbeiter der Reihe nach beschäftigt wurden und somit das gesamte Bühnenpersonal in den Stand ge-

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Mondjoupstr. 12, Hofpar.
Nahe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon Alexander 4112

Marken-Zigaretten

Große Auswahl, billige Preise.
Juno reichlich am Lager
Sommer Markgrafenstr. 23 und
Neue Schönhauserstr. 4/5

Ischias
In 5 Stk., 10 Stk., 20 Stk., 30 Stk., 40 Stk., 50 Stk., 60 Stk., 70 Stk., 80 Stk., 90 Stk., 100 Stk.
In 15 Tagen sind
ihnen Teile beschickt werden. Inzwischen helfen
Schmerzmittel und Salben. Arzt empfohlen.
Waldstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntags 10-12. Uhr

Altenbrak

I. Harz
im schönsten Teile des Bodetales gelegen, inmitten herrl. Laub- und Nadelwälder. Kein teures Modedad. Ständige Kraftomnibus-Verbindung mit Blankenborg und Wernigerode. Auskunft und Prospekte durch die Kurverwaltung.

„Kurbot. und Bodche“ m. Tel. 11
Villa Hoffmann, preisv. Pension
Hot.-Pens. Schönburg, renoviert,
Preiswert. Hs., Tel. 18. Bes. H. Steffen.

Schaufenster-Tapete!

Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

FASAN
EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . . Mk. 12.50
Marke Silberfasan Mk. 16.50
Marke Goldfasan Mk. 19.50

Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.

Verkaufsstellen:
Berlin O., Warschauer Str. 31, Ecke Heydler Straße
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20



Rucksack-Proviant

Ist beim Wandern letzten Endes doch ein Hauptfaktor! An der Spitze allen Proviantes für jeden Sport stehen unzweifelhaft:

Dörrfler-Bouillonwürstchen
in Dosen von 2, 4 und 8 Paar à 75 Gramm.

Dörrfler Westfälische Bawerwürstchen
in Dosen von 3 und 6 Paar à 100 Gramm.

Dörrfler lange Bock mit Speckwürstchen
in Dosen von 2, 4 und 8 Stück à 75 Gramm

und es ist ratsam, nicht von einer Sorte 3 Dosen, sondern von 3 Sorten je 1 Dose mitzunehmen, denn nichts ist interessanter als Abwechslung! Achten Sie bitte auf den Namen

Dörrfler Würstchen

und weisen alle als Ersatz angebotenen Fabrikate zurück.